

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dresdenblatt: Nachrichten Dresden.
Bernharder-Sammelnummer 25 241.
Nur für Nachberichtliche: 20011.

Bezugs-Gebühr In Dresden und Beportion bei täglich zweimaliger Auflage, durch die Post
bei täglich zweimaligem Verkauf monatlich 6,00 M., vierfachjährlich 19,50 M.
Die Nummern 37 mm breite Zeile 2 M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter
Stellen u. Wohnungsmärkten, Späte Anzeige 25%. Versandgebühr laut
Karr. Anordn. Zustellung geg. Vorwerkszahl. Einzelpreis d. Tagesblattes 20 Pf.

Geschäftsräume und Hauptgeschäftsstellen:
Mertensstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Ueppich & Reichardt in Dresden.
Postleitzahl 1068 Dresden.

Rechtsbruch nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachrichten“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Annahme verzinslicher Bareinlagen.
An- und Verkauf von Wertpapieren.
Hinterlegungsstelle von Wertpapieren zwecks
Einlösung von Zins- und Gewinnanteilscheinen.
An- und Verkauf fremder Geldsorten.

Dresdner Handelsbank

Aktiengesellschaft

Ostra-Allee 9, im „Haus der Kaufmannschaft“, Schlachthofring 7,
Wettinerstraße 66, Großmarkthalle, Böllnplatz 3, Kaiserstraße 11.

Scheckverkehr.
Einziehung und Ankauf von Wechseln.
Kreditverkehr gegen Wertpapiere und Waren.
Vermietung von feuer- und einbruchssicherer
Stahlräumen unter Verschluß des Mieters
und Mitverschluß der Bank.

Bor dem Ende der Auseinandersetzungen?

Neue Noten an Frankreich.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“)
London, 29. Juli. Die gestrige gründliche Aussprache zwischen Lord Curzon und dem französischen Botschafter veranlaßte heute gleichzeitige Beratungen der Kabinette von Paris und London. Von der Londoner Kabinettsbildung, an der auch die Premierminister der Dominions teilnahmen, verlautet, daß in ihr Überraschung über das Wiederaufstehen der Truppenverhinderungsangelegenheit zum Ausdruck gekommen sei. Ein Beichtakt ist noch nicht bekanntgegeben worden. Man wartet offenbar das Ergebnis der Pariser Kabinettssitzung ab. Die stehen hier verdecktliche neue deutsche Note an Frankreich, die besagt, daß Berlin die Entscheidung des Übersten Rates in der Frage des Durchmarsches vornimmt wird, erleichert nach offizieller Ansicht die Situation.

Die englische Antwort an Frankreich.

London, 29. Juli. Am Spätnachmittag hat hier eine zweite Kabinetsitzung stattgefunden. Ihr Ergebnis ist eine neue Note an Frankreich. Der Weltlauf wird erst veröffentlicht werden, wenn sie in Briands Händen ist. Wie wir erfahren, in London im Privatwesen seit gestiegen. Die gründliche englische Auffassung steht darin, daß die Entscheidung über weitere Truppensendungen zu den Alliierten gemeinsam zu treten. Die englische Regierung beweist die Notwendigkeit einer sofortigen Verbündung, ist jedoch bereit anzunehmen, wenn Paris diese Notwendigkeit zweifelsfrei nachweist. Die diplomatische Brücke besteht offenbar darin, daß es Paris freisteht, den Beweis sofort zu verneinen, so daß mindestens eine theoretische Möglichkeit gegeben ist, daß die Alliierten aus dem üblichen diplomatischen Wege alsbald zu einer gemeinsamen Entscheidung in der Frage gelangen können. Praktisch scheint jedoch ein entsprechender Beschluss vor dem 4. August wegen der Nähe der zur Verfügung stehenden Zeit wenig wahrscheinlich. Auf jeden Fall aber erwartet das Londoner Kabinett von seinem neuen Vorschlag eine Entspannung gegenüber Frankreich. Sicherlich stimmt die deutsche Auffassung mit dem erwähnten englischen Prinzip überein.

London, 28. Juli. Heute meldet: Das Kabinett entspricht heutige die Antwortnote auf die französische Mitteilung über Oberschlesien. Die Auffassung der britischen Regierung steht darin, daß die gegenwärtigen Übereinkommen aufrecht erhalten oder den französischen Wünschen entsprechend geändert werden sollten unter der Voraussetzung, daß der Grundtakt des Zusammenwirkens der Alliierten unangetastet bleibt. Die französische Auffassung, der britische Botschafter in Berlin habe die Deutschen ermutigt, eine Frankreich feindliche Haltung einzunehmen, wird widerlegt. (W.T.B.)

Die Berater Briands.

Paris, 29. Juli. Das „Echo“ meldet, daß Briand, unabhängig von den gemeinsamen Beratungen der alliierten Hauptverbündeten, die am 27. Juli in Paris begonnen haben, Gutachten der militärischen und wirtschaftlichen Unterabschüsse in den französischen Ministerien als Unterlage für seine Anträge auf der Konferenz eingefordert habe. Diese Gutachten lauteten fast einstimmig gegen die Aufhebung der Sanktionen und gegen die Entscheidung über das oberösterreichische Industriegebiet, da beide Materien für noch nicht spruchsfrei angesehen würden.

Korsants Pariser Wahlarbeit.

Paris, 28. Juli. Korsant hat heute der französischen Kammer einen Brief abgefasst und mit einigen Abgeordneten, z. B. Wetterle, abproben, um sie im Hinblick auf die bevorstehende Ententekonferenz über Oberschlesien zu bearbeiten. Wie verlautet, heißt Korsant bestimmt, daß die französische Auffassung durchdringen wird. Er soll im Gespräch mit den Abgeordneten namentlich das Interesse der polnischen Stahlindustrie in Oberschlesien in den Vordergrund gestellt haben.

Zeitungsvorbot im Abstimmungsgebiet.

Berlin, 29. Juli. Wie die „Schlesische Zeitung“ meldet, verbietet die Interalliierte Kommission den Betrieb der „Schlesischen Zeitung“ im Abstimmungsgebiet bis zum 2. August wegen eines am 21. Juli veröffentlichten Artikels, der die grauenvolle Behandlung der in der Neuthener Kaserne internierten Deutschen durch französisches Militär zum Gegenstand hatte.

Steuerprogramm und Oberschlesien.

Berlin, 29. Juli. Eine Besprechung von Vertretern der Regierungsparteien hat gestern in Berlin stattgefunden. Die Besprechung über das neue Steuerprogramm der Regierung Wirth wurde fortgesetzt. Die bisherige Stellungnahme, das neue Steuerprogramm von der vorherigen Aufteilung des oberösterreichischen Industriegebietes an Deutschland abhängig zu machen, ist von der Reichsregierung aufgehoben worden.

Oberschlesien muß ungeteilt bleiben.

Berlin, 29. Juli. Die deutsche Regierung hat gestern der Ministerkonferenz nochmals eine Zusammensetzung aller derzeitigen Momente zugeschenken lassen, die lediglich aus dem Resultat der Volksabstimmung abweichende Entscheidung für Oberschlesien zurückweist.

Die Gefahr des Bolschewismus in Oberschlesien.

Oppeln, 29. Juli. Der Dena-Korrespondent für Oberschlesien hatte Gelegenheit, mit einem maßgebenden oberösterreichischen Industriellen zu sprechen, von dessen Auffassung zur Lage die folgende besonders bemerkenswert erscheint: Eines ist von der Entente bisher noch nicht erkannt worden: daß nämlich die Wurzel der oberösterreichischen Bewegung keine nationale sondern eine soziale ist. Durch den Krieg ist wie überall in den breiten Massen und namentlich in den unteren Schichten eine große Misstrauensmischung und allgemeine Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen angehäuft worden. Bei dem gewohnten Manne in Oberschlesien ist daraus die Tendenz noch einer Aenderung der bestehenden Verhältnisse entstanden. Wer ihm eine solche Aenderung verippt, dem kommt er zu. Korsant, der den Oberösterreitern in Polen das Paradies in Aussicht stellte, war es daher ein leichtes, Anhänger zu finden. Bezeichnend ist, daß bei der ganzen Bewegung, namentlich auch während des letzten Aufstandes, das Politisch-Nationale und Kommunistische ineinander übergingen. In der Tat ist eine sozialistische Strömung in Oberschlesien nicht vorhanden; sie entstehen demselben Grundmotiv. Wer diese Zusammenhänge sieht, dem erscheint es auch ohne weiteres verständlich, daß in letzter Zeit ganze oberösterreichische Gemeinden, die bei dem Plebisizit volkstümlich abstimmen, erklärt haben, sie hätten zwar ihre Stimme für Polen abgegeben, damit sie ebenfalls in Polen kommen möchten. Es klingt dies absurd. Wer aber den Oberösterreiter kennt, der weiß, daß dies möglich ist, weil er mit reiner Logik nicht zu ergreifen ist. Wollte man nun bei dieser Lage der Verhältnisse eine politische Entscheidung über Oberschlesien darstellen, dann Teile des Abschließungsbündnisses zu Polen geholt werden, würde man das Ziel vollkommen verfehlt. In Polen würden die oberösterreichischen Industrie- und Landarbeiter nur einer Verstärkung ihrer sozialen Lage entgegenziehen und ihre soziale Schnauze würde sie dann unweigerlich in die Arme des russischen Bolschewismus ziehen. Lebhaftig haben sich von allen Ententevertretern in Oberschlesien die in letzter Zeit eingetroffenen englischen Kommissare am meisten dieser Erkenntnis genähert.

Belägerungen mit Waffen.

Berlin, 28. Juli. Das Reichswehrministerium teilt mit, daß sich die Fülle mehrerer, in denen Zivilisten an die Truppen des Reichsheeres mit der Bitte herantreten, ihnen Waffen und Ausrüstungsstücke angeblich zur Bildung von Selbstschutzabteilungen für Oberschlesien (!) zu überlassen. Sie zeigen dabei entsprechende Ausweise vor. Das Reichswehrministerium hat nunmehr schärfstes Verbot gegen die unverantwortliche Abgabe von Waffen erlassen und macht darauf aufmerksam, daß es sich in den meisten Fällen um Schwindsack und um linksradikale Elemente handelt, die sich auf diese Weise in den Besitz von Waffen seien wollen. In Zukunft sollen derartige Personen sofort festgenommen werden.

Um die Nachfolgerschaft des Bolschewismus.

Prag, 29. Juli. Wie hier verlautet, sind vor einiger Zeit einige der Führer der russischen Sozialrevolutionäre von Prag abgereist und halten sich an der russischen Grenze auf, wo sie den Koll. des bolschewistischen Revolutionsrates erwarten wollen. Nach Mitteilungen aus den Kreisen der Sozialisten sollen die Bolschewisten die Sozialrevolutionäre auffordert haben, ein Komitee zu bilden, das in dem Falle, daß sich die bolschewistische Position in Russland als unhaltbar erweisen würde, die Regierung übernehmen könnte. Die bolschewistischen Führer besteuerten, daß sie das Land nicht im Zustande vollkommen anarchistischen Laien wüssten, und daß deshalb ihnen jetzt nach einem Nachfolger umschaut werden, wobei in erster Reihe die Sozialrevolutionäre und die Menschewiken id. h. die Vertreter der Mindestforderungen des sozialistischen Programms, im Gegensatz zu den Bolschewiken, welche die Hochförderungen ausspielen, in Betracht kämen.

Deutsch-russische Handelsbeziehungen.

Breslau, 29. Juli. Auf der Breslauer Herbstmesse, die vom 4. bis 8. September stattfindet, wird zur Anbahnung der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen die Handelsvertretung der russischen Sowjetregierung in Berlin im Ausstellungsgelände eine amtliche Vertretung einrichten, deren Aufgabe es sein soll, sachverständige Auskunft über die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern zu geben. Es soll auch eine Anzahl von Waren und Mustern solcher Waren zusammengebracht werden, die Russland zurzeit an liefern vermag.

Englische Hilfsaktion für Rußland.

London, 27. Juli. Im Unterhaus wurde gestern eine Sitzung religiöser Organisationen des Roten Kreuzes und anderer Organisationen abgehalten, die sich mit der Frage der in Russland drohenden Hungersnot beschäftigen. Die Teilnehmer beschlossen, einen Ausdruck zur Bekämpfung des Hungers zu bilden. (W.T.B.)

Erschweren deutsch-französische Verständigung.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“)
Genf, 29. Juli. Der „Temps“ meldet, daß die deutschen Vertreter, die seit sechs Wochen in Paris über die Wiederaufnahme verhandeln, nach Berlin zurückkehren werden, um neue Austrittsfragen ihrer Regierung einzuhören. Es zeigt sich immer mehr, daß auf der Grundlage der bisherigen beiderseitigen Vorschläge eine Verständigung sehr er schwierig ist.

Der deutsch-französische Handel.

Berlin, 28. Juli. Im Zusammenhang mit den Ausführungen des Wiederaufbauministers Dr. Rathenau gab Staatssekretär Dr. Hirsch einen Überblick über die Entwicklung wegen des Verlustes im Leben und die Wiederherstellung der deutsch-französischen Handelsbeziehungen. Er betonte die Schädigungen, die der deutschen Wirtschaft durch die Unterstellung der deutschen Ein- und Ausfuhr im Rheinlande unter das von der Entente eingesetzte Ein- und Ausfuhrregime ausgefügt werden, und hob hervor, daß die innere Berechtigung der meisten deutschen Beschwerden auch von der Gegenseite nicht verworfen werde. Der Wunsch der Gegenseite nach einer allgemeinen Kontingentierung der Einfahrt, die nicht ganz freigelassen werden könne, begegne von deutscher Seite keinen grundsätzlichen Bedenken, natürlich unter der Voraussetzung, daß die wirtschaftliche Einheit wieder hergestellt und damit überhaupt eine Wirtschaftsregelung für Deutschland wieder möglich werde. Hierüber soll demnächst weiter verhandelt werden. (W.T.B.)

Nochmals die Fälschung der Saarländeradresse.

Saarbrücken, 28. Juli. Durch eine Mitteilung der mehrheitssocialistischen Saarbrücker „Volksstimme“ (heute die seinerzeitige Fälschung der Saarländer-Adresse, die bei dem Saarlandesommer der Bedeutung über das Saarabkommen im Vertrag eine rohe Rolle spielt, eine merkwürdige Fälschungskünste in Anspruch). Die „Volksstimme“, die sich gegen die politischen Verdrehungskünste des neuen „Saarfürters“, des französischen Propagandaorgans wendet, der die Fälschung der Adresse als lächerliche Märchen darstellen ver sucht, erläutert, daß um die fragliche Zeit zu einem bis heute noch nicht aufgedeckten Zwecke von einer ganz bestimmten Seite den Verantwor ten eine im französischen Text gehaltene Adresse zur Unterchrift eines im Voraus vorgelegten Wertschreibens aufgestellt wurde. Die Wahrheit, daß die Kopfadresse verantwortet oder den Verantwor ten, welche die Adresse selbst gar nicht zu Gesicht bekommen haben, eine andere Kraft war nicht zu Gesicht bekommen wurde, während man die am einzelnen Blatt vertragten Unterschriften für französische Zwecke benutzt, liegt gar nicht so fern.

Gleichstellung des Mittelstandes mit den Arbeitern.

Bei Preisermäßigungen für die minderberechtigte Bevölkerung beim Verkauf von Lebensmitteln, Kleidern und Schuhwerk aus Reichsbeständen werden in Zukunft alle wirtschaftlich Schwachen berücksichtigt werden, also nicht nur Arbeiter, sondern auch Beamte, Privatangestellte, Rentner, Pensionäre und andere Personen, die vorwiegend sind.

Neue Lohnforderungen.

Wie aus Halle gemeldet wird, haben die Bergarbeiter des Weißtals beschlossen, wegen der fortwährenden Steigerung der Lebensmittelpreise neue Lohnforderungen zu erheben. Es kommen 18 Werte mit 12 000 Arbeitern in Frage. (W.T.B.)

Metallarbeiterstreik in Aachen.

Aachen, 28. Juli. (Agence Belga.) Die Metallarbeiter in den Werkstätten der Rothen Erde haben den Ausstand erklärt. Zahlreiche Anständige marschierten in geschlossenem Zug durch die Stadt und drangen gewaltsam in die Werkstätten ein, um das Personal zur Niederlegung der Arbeit zu zwingen. Die Anständigen wollten auch Kundgebungen vor dem Rathaus veranstalten, wurden aber von den bewaffneten Männern davon abgehalten. Da bewußtlosen Verküpfungen und die Freiheit der Arbeit gefährdet erscheint, so sind für fünf Tage alle Verhandlungen und Kundgebungen untersagt und die Polizei verstärkt worden.

Der Zusammenbruch der Kriegsschuldgläubiger.

Stockholm, 28. Juli. „Svenska Dagbladet“ schreibt am Anfang einer ausführlichen Belehrung der von Sweden herausgegebenen russischen diplomatischen Aktenstücke, daß die Zentralmächte im höheren Grade als die Entente in dem Krieg wollten, in eine Doktrin, die nicht mehr anstrebt erhalten werden kann. Bekanntlich weisen auch die belastlichen Aktenstücke in dieselbe Richtung. (W.T.B.)

Die Opfer von Avignon.

Paris, 28. Juli. Ein Mitarbeiter des „Excelsior“ sattete dem Gefangenlager in Avignon einen Besuch ab. Er will festgestellt haben, daß sich in ganz Frankreich nur noch 90 deutsche Kriegsgefangene befinden. Davon seien 11 im Gefangenlager von Avignon, die anderen seien als freie Arbeiter (?) nach verschiedenen Departements geschickt worden. Aus dem Register geht hervor, daß die in Avignon zurückgehaltenen Gefangenen wegen Verbrechen gegen das gemeinsame Recht (?) bestraft wurden. Einige Verurteilte, die gesühnesträflich geworden sind, seien zu Heiligenstädten überführt worden. Einen Teil der Gefangenen habe unlängst der Präsident der Republik besucht. (W.T.B.)

Eine Regierungserklärung im Landtage zur Grund- und Gewerbesteuer.

Dresden, 29. Juli.

In der heutigen 70. Sitzung des Sächsischen Landtages gab der Minister des Innern Ansatz vor Eintritt in die Hausesordnung folgende

Regierungserklärung

ab. Bei der Beratung und Verabschiedung der Verfassung für den Reichstag verlangten die bürgerlichen Parteien der Volkskammer von der Regierung bindende Erklärungen, daß keine Ausgabe des Staates ohne laufende Einnahme gemacht werden dürfe, eine Staatshaushaltlichkeit, die aber dadurch eine besondere politische Bedeutung erlangte, daß die bürgerlichen Parteien zur Sicherung des aufgestellten Grundideales die Einschaltung eines besonderen Amtes für die Regierung verlangten. Diesen selbst aufgestellten Grundidealen haben die gleichen bürgerlichen Parteien des Landtages lange aufgetragen. Sie haben zwar Gelegenheit gehabt, die erhebliche Ausgaben verursachenden, lebten es aber ab, für die bewilligten Ausgaben auch laufende Einnahmen zu bewilligen. (Siehe Ansatz rechts.) Das kostete, so deutlich sie war, eine durch die Geldentwertung bedingte Erhöhung von Gebühren und die Gewährung eines offenen Credits. Die dauernde Geldentwertung hat die Beamten und die Angestellten des Staates in eine drückende Röhrigkeit gebracht. Die Regierung war bereit, durch Annahme der Bevölkerungsordnung und der Vorlage für die Erhöhung der Abgabe der Altbewohner die Kosten der Beamten, Angestellten und Arbeitnehmer erneut zu verbreitern, ihre Beiträge in Einklang mit den Beleidungs- und Rentenangeboten des Reiches zu bringen. Auf diese außerordentlich hohen Mehrausgaben suchte die Regierung zum Teil Druck in den den einzelnen Landtagen verbliebenen Grund- und Gewerbesteuern, die zumindest auch den bedrängten Gemeinden neue Einnahmewellen eröffneten sollten. Im Reichssensuchof des Landtages haben die bürgerlichen Parteien im Einvernehmen mit den Kommunisten beide Steuergesetze abgelehnt. Sie haben dadurch die Durchführung der von der Regierung erzielten Bevölkerungsordnung vereitelt (Siehe Ansatz und Geldsatz rechts) und die Wohlhaben herauftreppen lassen, daß durch das Säumen des Landtages das Reich auch noch diese Steuergesetze für sich in Anspruch nimmt. Die Regierung erkennt an, daß diese Steuergesetze nicht völkerrechtlich sind. Die Gründetuer ist aber im Lande bereits in einem Automaus durchgeführt und die Gewerbesteuer von einzelnen Gemeinden ausgewertet worden, an der über der Saae keinen Anteil hat. Der starke Anspruch des Reiches auf steuerrechtliche Schleife läßt den Vorsitz mit vereinten Steuergesetzen, zu denen Gewerbe- und Gewerbesteuer, zu allen. Die Regierung folgte dem Antrag der Reichsdelegationen, wenn sie diese Steuergesetze für Grund- und Gewerbesteuern anzunehmen dem Landtage vorstellt. Die Kommunisten die eine starke Erhöhung der Bevölkerungsabgabe für Beamte und Angestellte, für Altbewohner und Gewerbetreibende ausführbare Mitteln erfreuen, lehnten es ab, den Regierung laufende Mittel zur Verfügung zu stellen. Mit ihrer Hilfe sind beide Steuergesetze abgelehnt worden. Durch Ablehnung der beiden Steuergesetze könnten sie zum Zweck der Minderbemittelten den Grundbesitz, wichtiger Widerstand rechts. Eine Grund- und Gewerbesteuer ist keine Bevölkerungsordnung und keine Erhöhung der Renten nach Möglichkeit. Die Regierung verzerrt nachdrücklich den Meinung, daß keine laufenden Ausgaben bewilligt werden dürfen, ohne daß entsprechende Einnahmewellen eröffnet werden. Dieser Gründetuer wird durch die Ablehnung der Gewerbe- und Gewerbesteuer verletzt. Die Verantwortung für das Scheitern der Bevölkerungsordnung tragen ausschließlich die bürgerlichen Parteien und die Kommunisten. Sie waren es schuld, daß der Landtage zu verantworten.

Auch der Verfallung bei die Regierung keinen Einfluss auf den Verlauf des Landtages, denn noch Artikel 9 der Verfassung des Reichstags Sachsen kann der Landtag nur durch Beschluss des Landtages aufzuheben werden. Nach Artikel 6 der Verfassung kann im Falle der Auflösung die Neuwahlen innerhalb sechs Tagen stattfinden, spätestens also am 20. September, wenn jetzt der Landtag aufgelöst wird. Die Abstimmung wird so zu berücksichtigen, wenn der Landtag die Auflösung ist seine Absicht unerreichbar ist, so dazu betrogen würde, daß das Volk über die Politik selbst entscheidet.

Der Landtag ist dann in die Beratung des Grundsteuergesetzes ein. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien, aber Bantler und Blücher wendeten sich gegen die Erklärung des Minister Ansatz und vertraten, daß ihr Grätien zu einer Abstimmung bereit gewesen seien.

Die Verhandlungen dauern bei Redaktionsschluss fort.

Kunst und Wissenschaft.

* Spielplan des Niedersächsischen Theaters vom 31. Juli bis 8. August. Nachmittags: „Alte Schule“; abends: „Der verirrte Sohn“

** Spielplan des general-Theaters vom 1. bis 4. August. Abends: „Die Heiterkeit in Rom“

*** Ein bürgerlicher Klavierkonzert? Die hohen Preise für Klaviere machen dieses volkswirtschaftlich aller Musikinstrumente heute dem nicht gern bewußten Kunstfreund so ähnlich unzugänglich. Autodidakten gewinnen die Kenntnis, ein nicht zu teures Erhöhungsinstrument zu schaffen, besondere Bedeutung. Einem solchen Berliner hat ein technisch interessanter Dresden Münzstrasse, 2. Volksbildung, unterrichtsunternommen, zunächst freilich auf bekannte Instrumentenformen, wie die Stahlharmonika, verwandelt es als Tonspieldaten nicht Saiten, sondern Stöcke aus Stahl, Aluminium, Glas, Porzellan. Das ermöglicht einmal eine große Raumbeleuchtung, so daß sich ein solches „Klein-Klavier“ als leicht transportierbar, auf den Tisch zu stellender Charakter von etwa einem Meter Breite und einem halben Meter Höhe herstellt läßt, wodurch gestattet es, den Tastatur-Auslastungskomplexus ganz einzuladen und darum wiederum leichter zu gestalten. Das in dieser Art gebaute Klein-Klavier des Herren Bollenberg konnte trotzdem Mangels an Mitteln noch nicht ganz fertiggestellt werden. Autodidakten lädt sich ein Urteil über die künstlerischen Möglichkeiten, die es bietet, noch nicht gewinnen. Es wäre aber immerhin wertvoll, wenn die Berücksichtigung in solcher Richtung fortgesetzt würden, denn die Klavierfrage in Münz die Entwicklung unserer deutschen Kulturgeschichte bedingen wird.

** Ein Lehrbuch für Gartenbaukunst an der Berliner Technischen Hochschule. Dem Gartenbaudirektor der Stadt Charlottenburg, Erwin Martius, ist jetzt mit Genehmigung des Ministers für Weinbau, Kunst und Volksbildung die Abhaltung eines wöchentlich zweitägigen Unterrichts in Gartenbaukunst während eines Semesters im Studienjahr an der Technischen Hochschule zu Berlin-Charlottenburg übertragen worden.

** Ferdinand v. Marlitz †. Der berühmte Pädagoge, Lehrer der Berliner Universität, geb. Förderungsgericht Ferdinand v. Marlitz, ist am 27. d. M. im 81. Lebensjahr gestorben. Er als berühmter Mitglied des Preager Schiedsgerichts bekannt gewordene Weinherr Marlitz wurde am 27. April 1839 in Auerburg geboren, studierte das Gymnasium in Elbing, die Universitäten in Königsberg und Leipzig. 1860 vermählte er sich mit Erminia v. Batodi, 1864 Privat-

Die Abzüge nach dem neuen Lohnsteuergesetz.

Im Reichsgesetzblatt vom 15. Juli 1921 ist das Gesetz über die Einkommensteuer vom Arbeitslohn veröffentlicht. Nach diesem Gesetz sind bei allenständigen und unständigen Arbeitnehmern von jeder Lohnzahlung zunächst 10 v. H. zur Rechnung des Arbeitnehmers einzubehalten. In Absatz 2 des neuen § 16 des Einkommensteuergesetzes sind Ermäßiger dieses Steueraufzuges vorgesehen, die vom Arbeitgeber beim Lohnabzug zu berücksichtigen sind. Auf richtigen Steuerberechnung mögen folgende Erläuterungen dienen: Einmal ermäßigt sich der einzubehaltende Betrag von 10 v. H. um die in § 20 Absatz 1 und 2 des Einkommensteuergesetzes vorgesehenen Beträge. Daneben tritt nämlich bei familialen Arbeitnehmern zur Abgeltung der nach § 13 des Einkommensteuergesetzes zulässigen Abzüge eine weitere Ermäßigung des einzubehaltenden Betrages von 10 v. H. des Arbeitslohnes ein und zwar:

a) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Stunden um 0,15 Mt. für je zwei angefangene oder vollle Stunden;

b) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Tagen um 0,60 Mt. täglich;

c) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Wochen um 3,60 Mt. wöchentlich;

d) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Monaten um 15 Mt. monatlich.

Das Gesetz läßt also nicht mehr die einzelnen im § 13 aufgeföhrten Beträge in ihrer tatsächlichen Höhe zum Abzug vom Arbeitslohn zu, es legt vielmehr an Stelle der sämtlichen nach § 13 zulässigen Abzüge, als welche für Arbeitnehmer in der Hauptstadt die zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung der neuverdienten Einkommen gemachten Aufwendungen (Werbungskosten, sowie Beiträge zu Kranken- und Versicherungsprämien, Beiträge zu Berufs- und Wirtschaftsvertretungen usw.) in Betracht kommen, einen den einzubehaltenden Steuerbetrag mindernden Pauschalz von 1800 Mt. jährlich fest.

Gemäß Absatz 2 des mit dem 1. April 1921 in Kraft getretenen Artikels 3 des Gesetzes gilt bei einem den Betrag von 2100 Mt. jährlich nicht übersteigenden gesamten Einkommen die Einkommensteuer vom Arbeitslohn für die Zeit vom 1. April 1921 bis zum Inkrafttreten des Gesetzes von dem Arbeitslohn einzubehaltenden Beträge angerechnet. Artikel 3 Absatz 1 gibt die entsprechenden Übergangsvoorschriften. Danach treten die Ermäßigungen des oben wiedergegebenen § 16 Absatz 2 Nr. 2 bei jeder Lohnzahlung ein, die nach dem 31. Juli 1921 erfolgt. Es sind also bei jeder nach dem 31. Juli 1921 erfolgenden Lohnzahlung die oben genannten Beträge von dem nach Berücksichtigung des Familienstandes einzubehaltenden Betrag von 10 v. H. des Arbeitslohnes abzuziehen. Diese Ermäßigungen sind jedoch in der Zeit vom 1. April 1921 bis zum 31. Juli 1921 noch nicht vorgenommen worden. Deutlich ist bestimmt, daß sich in den folgenden Jahren, in denen Abzüge im Sinne des § 13 nicht schon bei dem Steuerabzug in der Zeit vom 1. April 1921 bis 31. Juli 1921 berücksichtigt sind, zum Ausgleich dieser Abzüge die in § 16 Absatz 2 Nr. 3 vorgesehenen Ermäßigungen für den in der Zeit vom 1. August 1921 bis 31. Oktober 1921 zahlenden Arbeitslohn entsprechend erhöht und zwar:

a) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Stunden auf 0,10 Mt. für je angefangene oder volle 2 Stunden;

b) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Tagen auf 1,40 Mt. täglich;

c) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Wochen auf 8,40 Mt. wöchentlich;

d) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Monaten auf 25 Mt. monatlich.

Vom 1. August 1921 an unterliegen auch die aus der Leistung von Überstunden, Überarbeiten, Sonntagsarbeit und sonstiger, über die regelmäßige Arbeitszeit hinausgehenden Arbeitseinsichten erzielten Löhne im dem Abzug.

Für den Steuerabzug ergibt sich vom 1. August 1921 an folgende Neuregelung: Von dem Arbeitslohn der ständig beschäftigten Arbeitnehmer — einschließlich der Löhne aus der Leistung von Überstunden, Überarbeiten und so weiter — hat der Arbeitgeber bei jeder Lohnzahlung 10 v. H. des Betrages einzubehalten, um den der Arbeitslohn die in § 16 des Einkommensteuergesetzes aufgeführten Beträge, das sind 1 Mt. für den Tag, 21 Mt. für die Woche, 105 Mt. für den Monat, übersteigt. Der gleiche Betrag ist absatzfrei zu belassen für die zur Haushaltung zählende Ehefrau des Arbeitnehmers. Der dem Steuerabzug nicht unterworfen abzugsfreie Teil des Arbeitslohnes erhöht sich für jedes zur Haushaltung des Arbeitnehmers zählende minderjährige Kind um die bisher schon geltenden Zähe.

Zu tritt vom 1. August 1921 an

a) in den Fällen, in denen Abzüge nach § 12 des Einkommensteuergesetzes schon in der Zeit vom 1. April 1921 bis zum 31. Juli 1921 berücksichtigt worden sind, eine Ermäßigung des Steuerabzugsbetrages von 10 v. H. um 600 Mt. täglich, 2,40 Mt. wöchentlich, 12 Mt. monatlich.

b) in den Fällen, in denen Abzüge in der Zeit vom 1. April 1921 bis 31. Juli 1921 nicht berücksichtigt worden sind, eine Ermäßigung des Steuerabzugsbetrages von 10 v. H. für den in der Zeit vom 1. August bis 31. Oktober geschätzten und bis zum 31. Oktober fällig gewordenen Arbeitslohn um 1,40 Mt. täglich, 8,40 Mt. wöchentlich, 36 Mt. monatlich.

Bei jeder nach dem 31. Oktober 1921 erfolgenden Lohnzahlung ständig beschäftigter Arbeitnehmer kommen auch in diesem Falle zur Abgeltung der aufzähligen Abzüge nur die Beträge des § 16 Absatz 2 Nummer 3 zu 0,60 Mt., 3,60 Mt. oder 15 Mt. in Frage. Pauschalz oder sonstige Werbungskosten im Sinne von § 13 des Einkommensteuergesetzes dürfen von jetzt ab vom Lohnneinkommen nicht mehr gefürsi werden, der Abzug gilt mit dem Pauschalz von 1800 Mt. als abgeglichen. In den Fällen jedoch, in denen Arbeitnehmer von dem finanziell eine Verschlechterung darüber erhalten haben, daß beim Steuerabzug höhere Abzüge als 1800 Mt. jährlich zu berücksichtigen sind, treten diese höheren Abzüge an die Stelle der obengenannten Beträge. Weitere Abzüge wegen etwaiger Zweifel sind bei den aufzähligen Finanzämtern einzuhören.

Örtliches und Sächsisches.

Dresden, 29. Juli.

B vorläufig keine Abschaffung der Brotkarten.

Bei den Berichten von einer völligen Abschaffung der Brotkarten vom 15. August ab erfahren wir, daß eine solche nicht beabsichtigt ist. Die Brotkarten bleiben bis auf weiteres bestehen, ihre Aushebung wird erst in Erwägung gezogen werden können, wenn sich der Ausfall der Ernte überschreiten läßt. Da diese kaum eine Mittlerseite werden wird, muß damit gerechnet werden, daß die Brotkarten noch längere Zeit bestehen bleiben. Brotkarten später nur für Minderbemittelte auszugeben und die übrige Bevölkerung auf freies Brot zu verweisen, ist ebenfalls nicht beabsichtigt. Vom 16. August ab kann jeder Brot ohne Marken zu etwa 12 Mt. das vierpfündige Brot erhalten; das Markenbrot wird etwa 7 Mt. kosten.

* Weitere Einschränkung der Personenschiffahrt. Da der Elbwasserstand sich wieder verschärft hat, ist nun wieder auch der Verkehr zwischen Bodenbach und Herrnschwedt eingestellt worden. Auf der übrigen Strecke, also zwischen Mühlberg — Dresden und Dresden — Herrnschwedt wird die Sächs. Dampfschiffahrtsgesellschaft den Verkehr jedoch noch wie vor aufrechterhalten.

* Die Ausstellung „Das Friedensabkommen von Berlin und seine Folgen“ ist am 20. Juli in den Städtischen Ausstellungspalast, Hauptgang, Lennéstraße, übergeführ worden und wird dafelbst bis zum 15. August, an welchem Tage sie nach Plauen i. B. geht, geöffnet bleiben. Die Ausstellung, die bekanntlich vom Dresden Centraalamt für Industrie, Handel, Verkehr und Gewerbe, dem Deutschen Gewerkschaftsbund und Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter, Arbeitnehmer und Beamten veranstaltet ist, weist an der Hand von anschaulichen, überzeugendem Kartenaufnahmen von Statistiken usw. die ganze Durchbarkeit des Friedens auf allen Gebieten nach. Der Einführungstag ist 50 Pf.

* Prämierung außer und bedeutender Tierpfleger. Der Alte Tierzuchverein, Augustusstraße 6, konne am Mittwoch, am Geburtstage einer edlen Tierfreundin und Vaterin, der die Antonienturnen, der er die Antonienturnen veranstaltet, wiederum, wie alljährlich, Prämien an Tierpfleger verteilen. Der Vorstand, Hofrat Anton Peter, beklagt, daß die Befriedung, die er seiner Freude nach den Tierwelt haben will, in der letzten Zeit noch an den Menschen zu finden ist, die ein warmes und mitfühlendes Herz für die Tierwelt haben. Er überreicht alldann mehrere Tierpfleger Geldsummen aus den Einnahmen der Antonienturnen.

* Weggehangene Hunde. Mit Rücksicht auf die wiederholten Nachfragen nach Hunden und den durch die Zeitverhältnisse gelegten Wert der Tiere hat das Dresdenner Polizeipräsidium bestimmt, künftig kettlose Hunde, die von den städtischen Aufsichtsbeamten wegen Zuvielhandlung gegen die bestehenden Vorschriften weggehangen, in die städtische Siedlungsdanstalt eingeliefert und von den Eigentümern nicht eingefangen, nicht mehr zu töten, sondern, nachdem sie vom Bezirkstierarzt für gefund und unverdächtig befunden worden sind, zugunsten der Stadtkasse zu angemessenem Preise an Privatpersonen zu verkaufen. Auskunft erzielt auf schriftliche Anfrage, der Rückporto beizuzügen ist, oder auf Anruf (Anspruchsnr. 19157) der Verwalter der städtischen Siedlungsdanstalt, Schlachthofring 20.

Der Verein „Kreisbau für Jugendmusik“ veranstaltet Sonnabend, den 30. Juli, abends 6½ Uhr, im „Römergarten“, Große Meißner Straße 19, einen Familienabend. Neuanmeldungen werden dafelbst entgegengenommen.

wird die dreiköpfige Oper „Der Turm des Pojoden“ von Graf v. Tschirnau sein; Hans Heinrich Göttsche hat den Text nach einer alten siebenbürgischen Volksweise verfaßt. Béla Bartók neue Ballettpantomime „Der Mandarin“, Dichtung von Melchior Lengyel, wird der Gegenstand der zweiten Uraufführung sein. Der Komponist beendet soeben die Instrumentierung des Werkes; es soll an Fähigkeiten alles bisher Gelehrte überbieten.

* Nachwuchs des russischen Balletts. Die russische Tänzerin Paulowna, in Deutschland noch unvertraut, bei aus einer Deputation kleiner Galerie-Enthusiastinnen ein Mädchen herausgefunden und in die Schule genommen, das ihrer Meinung nach eine der größten Tänzerinnen werden wird. Die Paulowna pflegt zur Sicherung ihres Nachwuchses die aus den Strophen wiedergebundenen Kinder an zu beschaffen und aus ihnen geeignete in ihr Ballett einzustellen.

* Aus der Geschichte der Hanse. Mit Beginn der Nordischen Woche wird das Nordische Staatsarchiv eine Ausstellung eröffnen, deren Hauptteil in einem reichen Urkundenschatz mit erläuterndem Text einen Überblick über die Geschichte der deutschen Hanse geben wird.

* Ein Orientalistentag in Leipzig. Aus Leipzig wird uns geschrieben, in Leipzig findet am 29. September bis 2. Oktober d. J. ein allgemeiner Orientalistentag statt. Vor 75 Jahren ist in Leipzig unter Führung des arabischen Gelehrten Ali ibn Rabbah die „Deutsch-Arabische Gesellschaft“ gegründet worden, deren Aufgabe die wissenschaftliche Erforschung des gesamten Orients ist. In der Zeitschrift der Deutschen Morgenländischen Gesellschaft ist eine gewaltige Fülle deutscher Gelehrtenarbeit niedergelegt, und die heute behauptet diese Zeitschrift ihre lähmende Stellung dadurch, daß sie alle Gebiete der heute weltweit weitverbreiteten Orientforschung dient. Die Gesellschaft selbst aber hat durch ihre Mitglieder und ihre Wirkung längst internationale Bedeutung gewonnen und gehört zu den angesehensten wissenschaftlichen Vereinigungen, an der alle Kulturmächte des Abend- und Morgenlandes beteiligt sind. Mit der Feier ihres 75. Bestehens wird sich eine allgemeine Orientalistentagung verbinden, zu deren Wortträgern und Veranstaltungen auch Nichtdeutsche Beteiligung finden sollen.

Bom Straßenhandel in aller Zeit.

Der Straßenhandel blüht jetzt im Sommer besonders, und an allen Ecken der Großstädte steht man Waren feil, nicht nur Obst und Gemüse, sondern auch Bücher und Kleiderstoffe, Schokolade, Seife und unzähliges anderes.

